

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER
JULIA WEBER

1. Mai 2009

www.kas.org.za
www.kas.de

Südafrika: Auswertung der Wahl

Südafrika hat gewählt, und die Entscheidung ist eindeutig: Mit einer überwältigenden Mehrheit stimmten die Wähler am 22. April 2009 für die Regierungspartei, den African National Congress (ANC). Insgesamt 65,90% der Stimmen konnte der ANC hinter sich vereinen. Die 2/3-Mehrheit im Parlament verfehlt er damit nur knapp. Zwölf weitere Parteien – zwei größere und zehn kleine – werden ebenfalls im Parlament vertreten sein. Während allerdings die Democratic Alliance (DA, 16,66%) und der neu gegründete Congress of the People (COPE, 7,42%) eine nennenswerte Zahl an Wählern hinter sich vereinen konnten, drohen die kleinen Oppositionsparteien in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Das Wahlergebnis ist ein eindeutiges Votum für den umstrittenen ANC-Präsidenten Jacob Zuma, der am 9. Mai offiziell als vierter Staatspräsident der Republik Südafrika und somit als Nachfolger Kgalema Motlanthes vereidigt wird.

Im Nationalparlament vertreten:

- ANC: 65,90% (264 Sitze)
- DA: 16,66% (67 Sitze)
- COPE: 7,42% (30 Sitze)
- IFP: 4,55% (18 Sitze)
- ID: 0,92% (4 Sitze)
- UDM: 0,85% (4 Sitze)
- FF+: 0,83% (4 Sitze)
- ACDP: 0,81% (3 Sitze)
- UCDP: 0,37% (2 Sitze)
- PAC: 0,27% (1 Sitz)
- AZAPO: 0,22% (1 Sitz)
- Minority Front: 0,25% (1 Sitz)
- APC: 0,20% (1 Sitz)

In acht von neun Provinzparlamenten ähnelt die Situation der auf nationaler Ebene. In Mpumalanga hat der ANC am besten abgeschnitten. 85,55% der Stimmen in dieser Provinz gingen an die Regierungspartei. Sein schlechtestes Ergebnis erzielte der ANC im Western Cape (31,55%), das die DA wie erwartet zurück gewinnen konnte. Der Newcomer COPE ist nun zwar in einigen Provinzen offizielle Opposition, vor allem im wirtschaftlichen Zentrum Gauteng hatte die Partei allerdings auf mehr Stimmen gehofft. Acht Provinzen werden also in den kommenden fünf Jahren vom ANC regiert (siehe Länderbericht vom 28. April „Votum für Jacob Zuma und den ANC“).

Insgesamt hatten sich 26 Parteien an den Wahlen auf nationaler Ebene beteiligt, auf Provinzebene traten 40 Parteien an. Mit 76,27% war die Wahlbeteiligung in 2009 etwas niedriger als die in 2004 (76,7%). Durch das Registrierungsverfahren vor der Wahl spiegelt der Prozentzahl aber nur den Anteil der Wähler wider, die sich an einem der zwei Wahlwochenenden vor der Wahl für den 22. April 2009 eingeschrieben hatten – rechnet man die eigentlich Wahlberechtigten im ganzen Land mit ein, die sich nicht haben einschreiben lassen, liegt die Wahlbeteiligung deutlich niedriger (bei etwa 60%).

ANC

Sein Ziel, die 2/3-Mehrheit im nationalen Parlament und die Vorherrschaft in allen neun Provinzen des Landes zu verteidigen, hat der ANC knapp verfehlt. Dennoch ist das Ergebnis für die alte und neue Regierungspartei ein voller Erfolg. 11.650.748 Menschen haben dem ANC ihre Stimme gegeben – ein Beweis dafür, wie hoch der Partei ihre Rolle in der Überwindung der Apart-

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER
JULIA WEBER

1. Mai 2009

www.kas.org.za
www.kas.de

heid noch immer angerechnet wird. Die enttäuschenden Fortschritte im Kampf gegen Armut, Arbeitslosigkeit, die unglaublich hohe Verbrechensrate und die eklatanten Versäumnisse im Gesundheitswesen, insbesondere bei der HIV/Aids-Bekämpfung scheinen hinter dem glorreichen Image der Befreiungsbewegung noch immer in den Hintergrund zu treten. Der befürchtete Abwärtstrend nach der Spaltung des ANC und der Gründung von COPE blieb in allen Provinzen aus. Einziger Rückschlag für die Regierungspartei: Das Western Cape ist nicht mehr in ihrer Hand.

DA

Auf nationaler Ebene hat die DA mit 16,66% der Stimmen zwar etwas schlechter abgeschnitten als die Spitzenkandidatin gehofft hatte, doch ist es der DA als einziger Oppositionspartei gelungen, eine der neun Provinzen zu gewinnen. Im Western Cape erhielt die DA 51,46% der Stimmen. Ihre erfolgreiche Politik als Bürgermeisterin von Kapstadt scheint Helen Zille viele neue Wählerstimmen beschert zu haben. Als neue Premier der Provinz will die Parteivorsitzende nun zeigen, „dass mit der DA das Leben für alle besser ist“ so Zille am Tag nach der Wahl, die damit auf das ANC-Versprechen „A better life for all“ anspielte. Sollte Zille Erfolg haben und den bislang schleppenden Verlauf von Armutsbekämpfung und Wohnungsbau in den Townships effizienter gestalten, könnte die DA zu einer noch größeren Konkurrenz für den ANC werden. Denn wenn der Rest des Landes sieht, wie es möglicherweise mit dem Western Cape bergauf geht, könnte der Zuspruch für die DA wachsen.

COPE

COPEs Abschneiden kann in zwei verschiedene Richtungen bewertet werden. Einerseits ist die Abspaltung des ANC weit hinter dem eigenen Anspruch zurückgeblieben. Andererseits sind 7,42 % der Wählerstimmen ein beachtliches Ergebnis für eine Partei, die sich erst drei Monate vor den

Wahlen formal gegründet hat. Dass das offizielle COPE-Ziel, die neue Regierungspartei zu werden, schon wenige Wochen nach der Gründung nicht viel mehr als Wahlkampf-Rhetorik war, ist klar. Jedoch war mit der neuen Abspaltung zunächst eine Erwartungshaltung in der Bevölkerung entstanden, die COPE zu keiner Zeit erfüllen konnte. Innerparteiliche Streitigkeiten kamen an die Öffentlichkeit, prominente Überläufer vom ANC blieben aus, und auch die finanzielle Unterstützung für den Wahlkampf kam nicht in so großen Summen, wie die COPE-Spitze es wohl gehofft hatte. Am Ende blieb die Partei weit hinter ihrem Anspruch zurück, und konnte weder im wirtschaftlich starken Gauteng noch im verarmten Eastern Cape so gut punkten wie erhofft. Allerdings, und das ist wiederum beachtlich, schaffte es die Partei in nur drei Monaten, nicht nur knapp 8% der Wählerstimmen auf nationaler Ebene zu bekommen, sondern COPE hat nach Auszählung der Stimmen in fünf Provinzen mehr Stimmen als die DA erhalten und ist somit in diesen Parlamenten die stärkste Oppositionspartei.

Beispiel Eastern Cape

Viel spekuliert worden war in diesem Zusammenhang im Vorfeld der Wahl immer wieder über das „Heartland“ des ANC, das Eastern Cape. In der Provinz, in der Nelson Mandela, Govan und Thabo Mbeki sowie viele andere Größen aus dem Befreiungskampf aufgewachsen sind, ist die Frustration über den ausgebliebenen Wandel während der vergangenen 15 Jahre besonders groß. COPE, so hatten viele gehofft, könnte hier enttäuschte ANC-Wähler für sich gewinnen. Dafür sprach auch der Fakt, dass die COPE-Führungsriege zum großen Teil aus Anhängern und Vertrauten des zum Rücktritt gezwungenen Thabo Mbeki besteht. Mbeki, selbst im Eastern Cape geboren und aufgewachsen, genießt hier immer noch starken Rückhalt. Der ANC fürchtete um die Vorherrschaft in der Provinz – doch COPE konnte die Erwartungen nicht erfüllen. Am Ende siegte auch hier der ANC deutlich. Allerdings ist bei der Analyse der einzelnen Städte zu

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER
JULIA WEBER

1. Mai 2009

www.kas.org.za
www.kas.de

beachten, dass sich durchaus ein Umbruch andeuten könnte: Sowohl in Port Elizabeth als auch in Mthatha, einer der Hochburgen des ANC, hat COPE eine beachtliche Anzahl von Stimmen erhalten. In Port Elizabeth, wo der Stimmenanteil der DA mit 28,13% auf Provinzebene beachtlich hoch lag, schaffte es COPE auf 17,33% der Stimmen, während der ANC unter die 50% rutschte (49,64%). Selbst in Mthatha, der Geburtsstadt Nelson Mandelas in der ländlichen und armen Transkei, erhielt der ANC „nur“ 56,65% der Stimmen, COPE brachte es auf 14,51%. Einen klaren Sieg trug der ANC mit 80,36% zwar in Alice, dem Heimatort der University of Fort Hare, davon. Doch selbst in einer solchen Hochburg der ehemaligen Befreiungsbewegung erhielt COPE immerhin 14,04% der Stimmen. Die Verteilung auf nationaler Ebene in diesen Städten unterscheidet sich nur minimal vom Provinzergesamt. Diese Resultate können auf mehrere Faktoren zurückgeführt werden. Erstens sind wie oben erwähnt viele ehemalige ANC-Anhänger wegen ausbleibender Veränderungen frustriert. Zweitens präsentiert sich COPE als eine Alternative, die aus der Befreiungsbewegung kommt und alle Bevölkerungsgruppen anspricht. Dass auch die DA es schaffte, sowohl, ihre Ergebnisse außerhalb des Western Cape zu verbessern, als auch in ihrer Heimat rund um Kapstadt Stimmen aus den so genannten schwarzen Bezirken zu gewinnen, lässt Hoffnung aufkommen, dass bei den nächsten Wahlen nicht mehr entlang der „racial lines“ gewählt wird. Fakt ist, dass COPE sich besser geschlagen hat als alle anderen Parteien, die nach 1994 gegründet wurden. Ob der Erfolg anhält, bleibt abzuwarten.

IFP

Einer der größten Verlierer der Wahl ist die IFP. Mit dem Ziel angetreten, die Provinz Kwa-Zulu/Natal, das Herz der IFP, zurückzugewinnen, musste die IFP selbst hier eine heftige Niederlage einstecken und fuhr das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte ein: Die Partei um Prinz Mangosuthu Buthelezi erhielt nur 22,40% der Stimmen auf Provinz-

zebene. Vor fünf Jahren hatte die IFP noch 36,8% der Wählerstimmen in ihrer Heimat für sich beanspruchen können. In diesem Jahr verlor die IFP tausende Wähler an den ANC und die DA. Der ANC gewann in Kwa-Zulu/Natal 62,90% der Stimmen und steigerte sich somit im Vergleich zu 2004 um rund 23%. Die meisten Zuwächse dürften aus dem Lager der IFP geholt worden sein. Die Person Jacob Zumas als Zugpferd des ANC hat in KZN voll eingeschlagen. Auch die DA steigerte sich von rund 8% in 2004 und schaffte mit 9,15% ein in dieser Provinz beachtliches Ergebnis. In allen anderen acht Provinzen konnte die IFP keine nennenswerte Anzahl an Stimmen gewinnen und muss sich nun Gedanken über die Zukunft der Partei machen. Mit nur 18 Abgeordneten im Nationalparlament wird eine effektive Oppositionspolitik schwer.

ID, UDM, FF+, PAC und ACDP

Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Aufkommen von COPE vor allem den kleineren Parteien in Südafrika geschadet hat. Vor allem die UDM und die ID haben viele Wähler an die neue Oppositionspartei verloren haben. Im Eastern Cape, in dem die UDM bislang immer gut abgeschnitten hatte, rutschte die UDM auf Provinzebene von 9,23% auf 4,13% der Wählerstimmen ab. Patricia de Lille, Spitzenkandidatin der ID, brachte nach der Bekanntgabe des für ihre Partei schlechtesten Wahlergebnisses die Möglichkeit einer Superkoalition ins Gespräch. Bei anderen Oppositionsparteien stieß sie allerdings mit ihrem Vorschlag bislang auf wenig Gegenliebe. Die FF+ und ACDP müssen allerdings genau wie die ID über Alternativen auf den Oppositionsrängen nachdenken. Die FF+ hat zwar ihre Anzahl an Sitzen (4) im Nationalparlament halten können, doch auch hier ist ein leichter Abwärtstrend von 0,89% auf 0,85% zu beobachten. Die ACDP rutschte sie bei diesen Wahlen unter die Ein-Prozent-Marke (0,81%; 1,6% in 2004) und muss sich mit drei Sitzen zufrieden geben. De Lilles frühere politische Heimat, der Pan Africanist Congress (PAC), verschwindet mit 0,27% der

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER
JULIA WEBER

1. Mai 2009

www.kas.org.za
www.kas.de

Stimmen und einem Abgeordneten im Parlament nun fast gänzlich von der Bildfläche und kann gemeinsam mit der UDM als Warnung für COPE gelten: Beide Parteien stehen beispielhaft für gescheiterte Versuche, sich vom ANC abzuspalten. Der PAC wurde 1958 als erste Abspaltung des ANC gegründet, die UDM entstand 1997 als Abspaltung vom ANC. Ob sich COPE als erste Abspaltung halten kann und ob sich in den kommenden Monaten – wie von vielen Beobachtern vermutet – eine neue Abspaltung links vom ANC zu etablieren versucht, bleibt abzuwarten.

Der abermals deutliche Sieg des ANC und die Ergebnisse der Opposition könnten einen Trend in Südafrikas Parteienlandschaft andeuten: Während lediglich DA und COPE einen nennenswerten Anteil der Stimmen erzielen, fallen die kleineren Parteien weit zurück – die Aussicht auf ein dominantes Parteiensystem mit nur ein oder zwei Oppositionsparteien könnte in naher Zukunft Wirklichkeit werden. Als COPEs Verdienst kann allerdings gesehen werden, dass die neue Partei die Regierung wachgerüttelt und zum Handeln gezwungen hat. Zudem hat die neue Opposition dazu beigetragen, dass der ANC seine 2/3-Mehrheit nicht verteidigen konnte.

Friedlicher Wahltag – ANC-Einflussnahme auch noch in letzter Minute

Die im Vorfeld befürchtete Gewalt am Wahltag, die vor allem für die Provinz KwaZulu-Natal vorhergesagt wurde, blieb aus. Der einzige bekannte gewaltsame Zwischenfall ereignete sich im Eastern Cape, in dem ein COPE-Mitglied am Wahltag umgebracht wurde. Allerdings ist dieser Zwischenfall – so tragisch er ist – als Ausnahme anzusehen. Obwohl viele Beobachter im Vorfeld der Wahl Provinzen wie KwaZulu-Natal bereits als „Kriegsgebiet“ erklärt hatten, verlief der 22. April landesweit friedlich. Die Wahlbeobachtungsgruppen der Southern African Development Community (SADC) und der African Union (AU) erklärten die Wahlen daher offiziell als frei, fair, transparent und

glaubwürdig. Allerdings ist wohl nicht die insgesamt gute Organisation und Durchführung – von der Stimmzettelknappheit und damit verbundenen erheblichen Verzögerungen abgesehen –, wohl aber die subtile Einflussnahme, vor allem von Seiten des ANC, besorgniserregend. Vor den Wahllokalen von ANC-Mitgliedern bestückte Tische, an denen diese die Namen der Wähler mit offiziellen IEC-Listen – die eine Partei gar nicht hätte haben dürfen – kontrollierten, sind als zweifelhafte Versuche der Einflussnahme zu werten, die gerade in den ländlichen Gebieten Bedeutung bei der endgültigen Stimmabgabe gehabt haben könnten. Die SADC-Beobachtergruppe schlug daher vor, das Wahlgesetz dahingehend zu ändern, dass politische Aktivitäten jeder Art in der unmittelbaren Nachbarschaft der Wahllokale ausdrücklich zu verbieten seien.

II. Wahlkampf

Grillfeste, Essenspakete, Straßenfeiern und Jacob Zuma im Fußballstadion: Der ANC hatte seinen Wahlkampf im Griff. Während sich die DA, COPE und auch die IFP bemühten, überzeugende Kampagnen auf die Beine zu stellen, ist im Nachhinein klar: Sie waren der Professionalität des ANC-Wahlkampfes nicht gewachsen.

Zeitungsmeldungen vom 18. April zufolge haben die Parteien rund 400 Millionen Rand in den Kampf um Wählerstimmen gesteckt, allein der ANC soll 200 Millionen Rand für seine Wahlkampagne ausgegeben haben. Die DA hat ihre Ausgaben nicht öffentlich gemacht. Es wird vermutet, dass rund 60 Millionen Rand ausgegeben wurden, ein Großteil davon soll aus der Wirtschaft in Form von Spenden an die DA geflossen sein. Spekulationen zufolge hat die DA mehr Unterstützung von Privatunternehmen bekommen als alle anderen Parteien.

Bei der Bewertung der Zahlen ist allerdings Vorsicht geboten: Die Zeitungen berufen sich einzig und allein auf freiwillige Angaben der Parteien. Eine Offenlegung der privaten Spenden ist nicht vorgeschrieben, lediglich

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER
JULIA WEBER

1. Mai 2009

www.kas.org.za
www.kas.de

die staatliche Parteienfinanzierung ist gesetzlich geregelt. Die IEC hat insgesamt 88 Millionen Rand an die im Parlament vertretenen Parteien verteilt. 90% dieser Summe werden paritätisch nach der Anzahl der Parlamentssitze vergeben, die übrigen zehn Prozent teilen sich die im Parlament vertretene Parteien zu gleichen Teilen. Von den 88 Millionen Rand erhielt der ANC dementsprechend 61 Millionen (69%), die DA 10,5 Millionen (12%), und die IFP 5,9 Millionen (6%). Völlig im Dunkeln liegen allerdings die Summen, die private Unternehmen oder einzelne Personen an die Parteien gegeben haben.

Großen Einfluss auf die ANC-Wahlkampfstrategie hatte die Gründung von COPE: Auf einer Welle der Euphorie, getragen von den Meiden, sah es um den Jahreswechsel 2008/2009 so aus, als könne die neue Opposition eine ernsthafte Gefahr für die Regierungspartei darstellen. Der ANC brachte seine Wahlkampfmaschine unaufhaltsam ins Rollen, und investierte so viel Geld in den Wahlkampf wie nie zuvor. Innerhalb weniger Wochen verschwand COPE nach und nach aus den Medien – und machte dem ANC Platz. Ganzseitige Werbeanzeigen mit Zumas Foto in den Zeitungen sowie perfekt inszenierte Werbespots in Fernsehen und Radio, die an die ruhmreiche Vergangenheit des ANC als Befreier des Volkes anspielten. Selbst die scheinbar so unkontrollierten Attacken des Vorsitzenden der ANC-Jugendliga, Julius Malema, sind wohl Teil dieser ANC-Strategie gewesen. Auch Negativschlagzeilen schienen dem ANC in diesem Zusammenhang eher nützlich als schädlich. Ob die Entscheidung, Zumas ehemaligen Finanzberater Shabir Shaik, der zu 15 Jahren Gefängnisstrafe wegen Korruption und Betrug verurteilt worden war, nach nur gut zwei Jahren zu entlassen, oder die Entscheidung vom 6. April, alle Anklagen gegen den zukünftigen Staatspräsidenten wegen „politischer Einflussnahme“ fallen zu lassen: In den vergangenen Wochen hat der ANC die Medienhoheit von COPE zurück gewonnen, und konnte die öffentliche Debatte zum größten Teil selbst bestimmen.

Selbst die DA ließ sich am Ende des Wahlkampfes immer mehr in die Diskussion um den neuen Staatspräsidenten hereinziehen – und stellte eigene Akzente völlig in den Hintergrund. Angetreten mit neuem, freundlichen Logo, das die Regenbogennation symbolisiert, und einem Slogan „One Nation, One Future“, der die Gemeinsamkeiten der Südafrikaner in den Mittelpunkt stellen soll, ließ sich Zille in den Wochen vor der Wahl mehr und mehr von ihrem anfänglichen Kurs – Gemeinsamkeiten statt Trennendes herausstellen – abbringen. Zwei Wochen vor den Wahlen überklebte die DA ihren alten Slogan mit dem neuen und verteilte Flyer mit der Nachricht, der 22. April sei die letzte Chance, Zuma zu stoppen. Ob dieser Schwenk der DA am Ende tatsächlich Stimmen gekostet hat, lässt sich nur schwer messen. Fest steht aber, dass Zille sich vom ANC in eine Ecke drängen ließ, in der sie nur noch reagieren – nicht aber agieren konnte.

III. Der Zuma-Faktor

„Der Aufstieg des Schlangentöters“ titelte die Süddeutsche Zeitung am 20. April 2009 auf ihrer Seite-3-Reportage, die Zeit wählte als Überschrift für ihr Portrait des neuen Südafrikanischen Staatspräsidenten die Worte: „Skandal-Politiker wird Südafrika regieren“. Ob Volkstribun, Populist, Verbrecher oder Frauenheld: Für Jacob Zuma gibt es viele Bezeichnungen. Der 66-Jährige polarisiert wie kein anderer südafrikanischer Politiker vor ihm. Doch JZ, wie er von seinen Anhängern liebevoll genannt wird, ist weit mehr als der Polygamist mit dem Maschinengewehr-Song.

Seine Biografie beinhaltet Brüche und Rückschläge – und doch war Jacob Gedleyihlekisa „Msholozzi“ Zuma für den ANC der richtige Mann im Wahlkampf. Die Südafrikaner sehen Zuma als einen von ihnen. Nicht obwohl, sondern oft weil der im ländlichen und verarmten KwaZulu-Natal geborene Zuma keinerlei Schulbildung aufweisen kann. Von seiner ersten Arbeit als Hirte schwärmt der designierte Staatspräsident noch heute, und

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER
JULIA WEBER

1. Mai 2009

www.kas.org.za
www.kas.de

auf seine Wurzeln ist er stolz. Im Alter von 17 Jahren dem ANC beigetreten, machte Zuma sich schnell im Kampf gegen die Apartheid einen Namen. 1963 festgenommen und nach Robben Island gebracht, lernte er zwischen 1963 und 1973 die Helden des ANC kennen, bildete sich vor allem auf dem Feld der Sprachen und Politikwissenschaft weiter. Im Exil kämpfte er anschließend weiter – gemeinsam mit seinem einstigen Bruder und späteren Feind Thabo Mbeki. Was die beiden unterscheidet, macht Zuma heute so beliebt: Als Ex-Präsident Mbeki unnahbar war, badete Zuma in der Menge. Als Mbeki arrogant und technokratisch daher kam, versprach Zuma den Massen einfache Lösungen ihrer dringendsten Probleme. Zuma weiß seine Sprache und Mimik genau einzusetzen. Während des Vergewaltigungsprozesses beispielsweise sprach er konsequent Zulu und ließ einen Übersetzer kommen – obwohl er das Englische perfekt beherrscht.

Die vielen Anklagen wegen Korruption, Bestechung, Steuerhinterziehung und Betrug sowie der Prozess wegen Vergewaltigung scheinen dem fröhlichen Zuma nicht geschadet zu haben. Vom Vorwurf der Vergewaltigung wurde er freigesprochen, alle anderen Anklagen gegen ihn fallen gelassen – und der Beliebtheitsfaktor stieg. Das Volk verzeiht ihm Vieles. Denn Zuma macht sich die Mühe, zu den Menschen zu gehen und ihnen zuzuhören.

In weiten Teilen Zululands machte sich Zuma mit seiner höchst umstrittenen „100% Zulu Boy“-Kampagne beliebt. Die Zulu bilden die größte Volksgruppe im Land, fühlten sich aber lange Zeit nicht entsprechend repräsentiert. Der ANC stand seit Jahren im Ruf, Xhosa-lastig zu sein. Bedeutende Persönlichkeiten in der Partei kommen aus der Gruppe der Xhosa, und auch die beiden ersten demokratisch gewählten Präsidenten, Nelson Mandela und Thabo Mbeki sind Xhosa-stämmig. Die Theorie, dass die Gruppe der Xhosa den ANC unterwandere und die Zulu absichtlich nicht an die Macht lasse, kommt in der Geschichte

der Partei immer wieder zur Sprache. Mit Zuma, so die weit verbreitete Meinung nicht nur in Kwa-Zulu/Natal, soll nun endlich ein Zulu-Gleichgewicht an der Staatsspitze her.

Verheerend wirkte sich der Zuma-Faktor daher vor allem in Kwa-Zulu/Natal, der eigentlichen Hochburg der IFP aus. Bereits im Vorfeld hatten viele Beobachter vermutet, dass Zuma der traditionellen Zulu-Partei IFP Stimmen streitig machen könnte. Wenn die Regierungspartei einen Zulu an die Spitze der Strukturen setzt, so die Argumentation, seien viele IFP-Anhänger nicht mehr gezwungen, für die kleine Partei zu stimmen, da nun auch der ANC die Zulu-Interessen vertreten werde. Der Vergleich einiger Wahlergebnisse in Kwa-Zulu/Natal bestätigt diese Vermutung.

In Jozini beispielsweise, einer ehemaligen IFP-Bastion im Grenzgebiet zu Swasiland, hatte die IFP in 2004 noch 74% der Stimmen auf Provinzebene bekommen, während sich der ANC mit 21% zufrieden geben musste. In 2009 erzielte der ANC hier rund 48% der Stimmen, die IFP rutschte auf knapp unter 50% ab. Vergleiche in anderen Städten und Dörfern geben ein ähnliches Bild. Dass Jacob Zuma längst nicht den Heldenstatus wie Nelson Mandela genießt (und auch in naher Zukunft niemand an das Erbe Mandelas heranreichen kann), steht außer Frage. Doch der vierte Präsident des „neuen“ Südafrikas hat die Masse der Bevölkerung hinter sich. Zuma scheint geschafft zu haben, was Mbeki versäumt hat: Die Menschen mitzureißen, ihnen Hoffnung zu geben und sie wieder für den ANC zu begeistern.

IV. Implikationen für Südafrikas Demokratie

Was sind nun die Konsequenzen dieser Wahl? Wo steht Südafrika 15 Jahre nach dem demokratischen Neubeginn und am Anfang der vierten Regierungsperiode einer ANC-Alleinregierung? Ist Nelson Mandelas Versöhnungsanspruch, sein Ziel einer inklusiven Gesellschaft, vielfach als Regenbogen-

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER

JULIA WEBER

1. Mai 2009www.kas.org.zawww.kas.de

nation idealisiert, noch in gleicher Weise gültig? Südafrika als Heimat für alle Menschen in einem Land mit ausgeprägtem Pluralismus, auch das ein zentraler Punkt in Mandelas ersten Reden. Ging seine Partei, seine Befreiungsbewegung ANC nach dem politischen Wechsel, der Etablierung der Demokratie und in der Rolle der dominanten Macht im neuen System, diesen Weg mit ihm? Waren es nicht eher taktische Anpassungen an veränderte globale Rahmenbedingungen und die dadurch gegebenen realen Verhältnisse in Südafrika, die den ANC, der sich noch heute als „geborene Regierungspartei“ versteht, zu Kompromissen bereit machte? Und natürlich die überragende Führungsstärke Nelson Mandelas mit seinem umfassenden Versöhnungsanspruch. Gab es nicht von Anfang an eine „Hidden Agenda“, die in dem sich schleichend vollziehenden Prozess der Zentralisierung der Macht auf oberster Ebene, initiiert von Thabo Mbeki zuerst als Vize- und später als Staatspräsident, belegt ist? Die Verwischung der Konturen der Trennung zwischen Staat und Partei führt trendfolgend dazu, dass die Macht in Händen weniger Parteikader konzentriert ist.

Das alles trifft zu. Das Kontrastbild ist ein Wahlkampf, in dem eine Vielzahl von Parteien um die Gunst der Wähler stritt. Medien, die kritisch berichten und Skandale und Korruption beim Namen nennen. Forschungsinstitutionen und Zivilgesellschaftsorganisationen, die umstrittene Themen wie Parteienfinanzierung, Wahlrecht, Dezentralisierung aufgreifen und die Justiz offen verteidigen. Und ein Wahlverlauf am Wahltag, der mit vernachlässigbaren Ausnahmen als friedlich und wohl strukturiert zu charakterisieren ist. Dennoch, die Übermacht der ehemaligen Befreiungsbewegung und deren Allgegenwart in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist sichtbar. Das Risiko leichtfertigen Umgangs mit der Macht oder des Machtmissbrauchs steigt.

Es ist wahrscheinlich, dass Jacob Zuma nach seiner Amtseinführung am 9. Mai tatsächlich zuerst Kontinuität wahren und die

Politik seiner Vorgängerregierung fortsetzen wird. Das gilt insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber auch für weite Teile der Außenpolitik, insbesondere für die Mitwirkung in Global Governance Strukturen, und die afrikanische Region mit einer möglichen Revitalisierung der African Renaissance. Unterschiede wird es aufgrund des Gewerkschaftseinflusses hinsichtlich der Haltung zu Simbabwe geben. Eine Kehrtwendung in der HIV/Aids-Politik wurde bereits mit der Ernennung von Barbara Hogan zur Gesundheitsministerin der Übergangsregierung von Kgalema Motlanthe vollzogen. Eine Regierung Zuma wird überdies Wert darauf legen, volksnäher zu sein.

Für die Weiterentwicklung des demokratischen Systems in Südafrika sind eher andere Fragestellungen ausschlaggebend. Es geht um die Herausbildung und Festigung einer demokratischen Kultur und die Stärkung der Institutionen des demokratischen Staatswesens. Der laxer Umgang führender Politiker aus dem ANC mit der Justiz und der zunehmende Parteieinfluss auf staatliche Institutionen sowie die parteipolitisch bestimmte Personalpolitik im gesamten öffentlichen und parastaatlichen Sektor hat einen Vertrauensverlust in die Demokratie, die Politik, den politischen Prozess und das Rechtssystem zur Folge. Tatsächlich belegen die Zahlen des Transformation Audit des Institute for Justice and Reconciliation (IJR) aus dem Jahr 2007 einen deutlichen Rückgang des Vertrauens in die Institutionen, der mit 10,4% binnen Jahresfrist für die Regierung das negativste Ergebnis ausweist. Die Performance der Regierung hinsichtlich Transparenz und Rechnungslegung nahm im gleichen Zeitraum um 27,6 Prozentpunkte auf 39,1% ab.

Verfassung, Justiz- und Rechtssystem

Der ehemalige Chief Justice des Constitutional Court, Arthur Chaskalson, bezeichnete in einem bemerkenswerten Kommentar die Verfassung des Landes als „Cornerstone of our democracy“. Darin arbeitete er die Bedeutung der Verfassung als oberstes und

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER
JULIA WEBER

1. Mai 2009

www.kas.org.za
www.kas.de

imperatives Gesetz der Republik heraus, deren Vorgaben zwingend zu erfüllen seien. Der Grund für das leidenschaftliche Plädoyer des ehemaligen Chief Justice für die uneingeschränkte Respektierung beider Institutionen ist ein ernster. Im Zusammenhang mit den Anklagen gegen den Präsidentschaftskandidaten Jacob Zuma wurden die Verfassungsrichter von führenden Mitgliedern des ANC als Konterrevolutionäre bezeichnet, der Status des Verfassungsgerichts wurde hinterfragt. In diesen Kontext reiht sich der Fall des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs im Western Cape, Judge John Hlope, ein. Er wurde des Versuchs beschuldigt, zwei Richter des Verfassungsgerichts zu beeinflussen, damit sie zugunsten von Jacob Zuma entscheiden, als die Anklagen gegen ihn noch bestanden.

Kritisch für den Rechtsstaat und das Justizsystem ist die Aneinanderreihung von undurchsichtigen Vorgängen. Der Polizeichef des Landes, Jackie Selebi, wurde vom ehemaligen Staatspräsidenten trotz massiver Korruptionsanschuldigungen im Amt gehalten, weil er als Verbündeter von Thabo Mbeki galt. Der ehemalige Chief Whip des ANC, Toni Yengeni, war wegen Korruption zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Nach nur vier Monaten verließ er das Gefängnis wegen guter Führung und wurde vom ANC mit einer Party begrüßt. In Polokwane wurde er ebenso in das National Executive Committee (NEC) der Partei gewählt, wie Winnie Madikizela-Mandela. Sie kandidierte auf Platz fünf der ANC-Liste für die Parlamentswahlen, obwohl sie rechtskräftig zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Die Betrugsaffäre im Parlament mit Reisekosten, das sog. Travelgate, wird verschleppt. Der enge Vertraute von Jacob Zuma und Pressesprecher des ANC, Carl Niehaus, trat zwei Monate vor der Wahl wegen völliger Überschuldung und exzessivem Lebenswandel zurück, tauchte aber jüngst bei einem Fundraising-Treffen des ANC während des Wahlkampfes wieder auf. Die Bildungsministerin von Gauteng, Angie Motshekga, nahm ihre Aufgaben nicht wahr und rechtfertigte das mit der Priorität von Par-

teverpflichtungen. Die Korruptionsfälle und Entlassungen von CEOs der Parastatals häufen sich. Die staatliche Fluglinie SAA benötigt nicht zuletzt deshalb ständig neue Finanzspritzen aus dem Steuerhaushalt. Und über das Monopol bei der Zusammensetzung des SABC-Board streiten sich die beiden Lager um Thabo Mbeki und Jacob Zuma im ANC, unbeschadet der Frage, ob der Sender damit noch seiner öffentlich-rechtlichen Funktion gerecht werden kann. Die frühzeitige Entlassung von Shabir Shaik, dem bislang einzig rechtskräftig verurteilten Beteiligten im sog. Arms Deal, hat für weitere Aufregung in der Öffentlichkeit gesorgt.

In dieser Anhäufung von Korruptionsfällen oder legalistischer Finessen liegt der Grund, dass in vielfältigen Kommentaren in den Printmedien, Leserbriefspalten sowie in Radiosendungen mit Bürgerbeteiligung von einer „Culture of Corruption“ die Rede ist. Nicht zuletzt darin ist auch eine wesentliche Ursache zu sehen, dass das Meinungsklima in der internationalen Medienlandschaft sich in so starkem Maße gedreht hat.

Am Montag, den 6. April 2009, gab der Präsident der National Prosecuting Authority (NPA) in einer Pressekonferenz bekannt, dass das Strafverfahren gegen Jacob Zuma nicht weiterverfolgt werden und 16 Anklagepunkte gegen ihn fallen gelassen würde. Seit acht Jahren wurde gegen Zuma ermittelt. Die Einstellung der Untersuchungen begründete der amtierende Präsident der NPA, Mokotedi Mpshe, damit, dass von Zumas Verteidigern vorgelegte Telefonmitschnitte des Geheimdienstes (National Intelligence Agency, NIA), politische Einflussnahme auf das Klageverfahren belegen würden. Wie die Tonbänder von der NIA zu den Verteidigern von Jacob Zuma gelangten, ist nicht geklärt. Auch wurden die Bänder der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht. Die Frage bleibt, warum Mpshe, der aufgrund der fragwürdigen Entlassung seines Vorgängers, Vusumzi Pikoli, lediglich amtierender Präsident der Anklagebehörde ist, eine solch weitreichende Entscheidung nur zwei Wochen vor den Wahlen auf der Grundlage von

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER
JULIA WEBER

1. Mai 2009

www.kas.org.za
www.kas.de

schwachen Argumenten traf. Weiter gehend bleibt die Frage, warum er den Fall nicht einem Gericht zur Entscheidung übertragen hat. Einig sind sich mit Ausnahme des ANC-Lagers praktisch alle Beobachter darin, dass die Einstellung des Verfahrens Zuma nicht von den Anklagepunkten freispricht und folglich seine Regierungsperiode mit einem fortwährenden Verdacht belegt sein wird.

Partei und Staat

Im Vorfeld der Wahlen legte die South African Communist Party (SACP), die zusammen mit dem Gewerkschaftsverband COSATU und dem ANC die Regierungsallianz bildet, einen radikalen Vorschlag zur Veränderung der Rolle des Kabinetts vor. Demnach sollte eine zentrale Planungs- und Organisationseinheit geschaffen werden, die die Schlüsselministerien bündelt und die Entwicklungsagenda des Staates bestimmt. Im Gegenzug dazu sollten die Kompetenzen des Finanzministeriums und der Zentralbank beschnitten werden. Im Wahlkampf rückte der ANC jedoch von der Idee der Einführung eines „super cabinet“ ab, da eine Hierarchie zu Konflikten unter den Ministern im Kabinett führen würde. Stattdessen sollte nach dem Vorschlag des „transitional teams“ des ANC ein Team gebildet werden, das die politische Autorität einer Planungskommission habe und einen strategischen Plan für die Regierung ausarbeiten soll. Dieses Team soll aus 15 Personen bestehen, außerhalb des Kabinetts angesiedelt und dem Präsidenten direkt zugeordnet sein. Nach den Wahlen würde die Regierung von Jacob Zuma eine Kommission einsetzen, die alle Ministerien, einschließlich des Finanzministeriums, überwachen soll. Dies, und die im ANC weit verbreitete Auffassung, dass die Partei seine „civil servants“ einsetze und nach deren Entscheidung auch wieder entlasse, trägt dazu bei, dass die Grenzen zwischen Staat und Partei zunehmend verschwimmen.

Problematisch ist auch der Vorschlag, das in der Verfassung verankerte „three sphere system“ zu verändern. Bereits in der zwei-

ten Hälfte der Amtszeit von Thabo Mbeki wurde ein „political review process“ über die Rolle der Provinzen im politischen System des Landes durchgeführt. Eine Neustrukturierung oder Verminderung der derzeit neun Provinzen wird gefordert und die Notwendigkeit der Provinzparlamente an sich in Frage gestellt. Die „legislatures“ genannten Provinzparlamente sind schwach und viele Abgeordnete sind nicht auf ihr Amt und dessen Anforderungen vorbereitet. Dieses Problem würde durch eine Reduzierung der Anzahl der Provinzen mit möglicherweise vergrößerten Parlamenten nicht gelöst. Eine Abschaffung der Provinzparlamente hätte hingegen zur Folge, dass die Kompetenzen der Provinzebene auf reine Verwaltungsfunktionen reduziert würden. Noch radikaler sind Forderungen von SACP und aus dem ANC, ein „two tier cabinet“ einzuführen, das aus einem „council of state“ und re-strukturierten Flächengemeinden neben den urbanen Zentren besteht. Eine solche Entwicklung würde den in der Verfassung festgelegten dezentralen Staatsaufbau in Frage stellen und in der Konsequenz auf einen Zentralstaat mit umfassenden politischen Kompetenzen hinauslaufen. Angesichts der fortbestehenden Einparteiendominanz des ANC wäre dessen Einfluss auf das Regierungshandeln allumfassend. Der Weg in einen faktischen Einparteiensstaat in Form einer elektoralen Autokratie wäre geebnet.

Problematisches Wahlrecht

Die Verfassung Südafrikas schreibt für die Zusammensetzung der Parlamente ein proportionales Wahlrecht vor. Die nähere Ausgestaltung des Wahlrechts wird einem Wahlgesetz überlassen. In Südafrika wurde lediglich das Wahlrecht auf kommunaler Ebene als ein gemischtes Wahlsystem mit Wahlkreisen in Kombination mit proportionalen Listen kodifiziert. Sowohl auf nationaler als auch auf Provinzebene wurde in allen vier bisher stattgefundenen Wahlen das rein proportionale Wahlsystem mit geschlossenen Wahllisten angewandt. Der Wähler hat folglich nur die Möglichkeit, einer Parteiliste

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER
JULIA WEBER

1. Mai 2009

www.kas.org.za
www.kas.de

insgesamt zuzustimmen, wie sie von der jeweiligen Partei vorgegeben ist.

Kleine Parteien werden durch das Wahlsystem benachteiligt, obwohl dieses zunächst inklusive Wirkungen für Minderheiten hat, zumal keine Einstiegs Klausel für den Einzug ins Parlament vorgegeben ist. Bevorteilt wird jedoch die Regierungspartei, vor allem in einem nur von einer Partei dominierten System. Diese Partei setzt die Agenda, hat die finanziellen, personellen und strukturellen Ressourcen die Wähler über Massen-Marketing zu erreichen und verfügt über bekannte Führungspersönlichkeiten. Schwache Kandidaten auf der Liste müssen sich nicht im direkten Wettbewerb mit Bewerbern anderer Parteien messen. Die Programmatik der einzelnen Parteien verliert weitgehend an Bedeutung, da sachorientierte Debatten zwischen den Kandidaten auf Wahlkreisebene die Ausnahme bleiben. Auch eine Überprüfbarkeit der Leistung einzelner Abgeordneter ist nicht möglich. Ebenso kann die Erfüllung oder Nichteinhaltung von Wahlversprechen und Zusagen vor der Wahl einzelnen Abgeordneten bei diesem Wahlsystem nicht zugerechnet werden und geht in der Parteianonymität unter. Die Position des einzelnen Abgeordneten gegenüber seiner Partei bleibt schwach, was schwache Parlamente zur Folge hat. Denn wenn ein Abgeordneter seine Wiederwahl anstrebt, muss er sich bemühen, es wieder auf die Parteiliste zu schaffen – ein entsprechendes Abstimmungsverhalten im Parlament ist die Voraussetzung dafür. Die Parlamente nehmen folglich ihre Aufgaben als Legislative und ihre Aufsichtsfunktion gegenüber der Regierung kaum wahr. Sie werden als „rubberstamp“ Parlamente abgetan und deshalb von den Menschen als teurer Luxus wahrgenommen. Ein weiteres wichtiges Element der checks and balances ist damit weitgehend wirkungslos.

Konkrete Empfehlungen für eine Reform des Wahlrechts liegen bereits seit 2002 vor. Das Electoral Task Team (ETT) unter Leitung von Frederik van Zyl-Slabbert sprach sich in seinem Mehrheitsvotum für ein gemischtes

Wahlrecht aus. Der ANC lehnt jedoch Gespräche über eine Wahlreform stets ab.

Regelungsbedarf bei der Parteifinanzierung

Die öffentliche Parteienfinanzierung ist in Sektion 236 der Verfassung sowie dem Public Funding of Represented Political Parties Act (Art 103) von 1997 geregelt und wird über die IEC kontrolliert. Es gibt allerdings keinerlei Regelungen für sonstige Formen der Parteienfinanzierung. Der massive Materialeinsatz bei den zurückliegenden Wahlen, insbesondere durch den dominanten ANC, lässt jedoch den Schluss zu, dass die private Finanzierung der Parteien im Vergleich einen wesentlich größeren Umfang erreicht. Das Institute for Democracy in South Africa (IDASA) verlangt deshalb eine transparente Regelung der nicht-staatlichen Parteienfinanzierung. IDASA schätzt, dass bereits in 2004 die private Parteifinanzierung die öffentlichen Mittel von etwa 100 Millionen Rand um das Drei- bis Fünffache überstieg. Bisher lehnten sowohl die großen Parteien als auch die Wirtschaftsunternehmen eine Regelung ab.

2003 führte IDASA eine Klage gegen die fünf größten politischen Parteien mit dem Ziel, diese zur Veröffentlichung von Spenden über 50.000 Rand zu verpflichten. Das Gericht lehnte die Klage ab und verwies auf die Zuständigkeit des Parlaments für eine entsprechende gesetzliche Regelung. Inzwischen hat sich das Meinungsklima verändert. Aufgrund der öffentlichen Kritik, die Wirtschaftsunternehmen würden mit ihrer Spendenpolitik die Wahlen beeinflussen, legten einige Konzerne die Beträge für die Wahlen 2009 und deren Verteilung auf die Parteien offen. Die Bereitschaft der großen Unternehmen, an einer transparenten Regelung der privaten Parteienfinanzierung konstruktiv mitzuwirken, steigt. Allerdings verlangt der Privatsektor, dass Spenden an politische Parteien umfassend zu regeln und ausländische Zuweisungen an Parteien einzubeziehen sind. Dabei ist vor allem die finanzielle Unterstützung des Wahlkampfs

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER
JULIA WEBER

1. Mai 2009

www.kas.org.za
www.kas.de

des ANC durch die Regierungsparteien in Libyen, Angola, China, Indien und Äquatorialguinea gemeint. Die Annahme von Wahlkampfhilfe aus dem Ausland wird nicht bestritten. Der ANC legt lediglich Wert darauf, dass er das Geld von Parteien und nicht von ausländischen Regierungen erhalten habe. Ohne eine Regelung von privaten Spenden an politische Parteien ist das Risiko von Korruption, insbesondere in Verbindung von öffentlichen Aufträgen, und der Einflussnahme auf außenpolitische Entscheidungen der Regierung besonders hoch. Beispielhaft steht hier die Entscheidung der Regierung, dem Dalai Lama ein Visum für die Einreise nach Südafrika zu verweigern. Als Grund werden die guten Wirtschaftsbeziehungen mit China angeführt.

Ein transparentes Regelwerk des gesamten Finanzwesens der politischen Parteien ist sicherlich nicht die einzige, aber eine wesentliche Voraussetzung dafür, einen fairen und chancengerechten Wettbewerb in einem pluralistischen Parteiensystem für Südafrika herzustellen.

Politische Parteien und Zivilgesellschaft

Die Wahlen haben das Kräfteverhältnis zwischen den politischen Parteien lediglich leicht verschoben, aber substanzuell nur begrenzt verändert oder gar verbessert. Den Oppositionsparteien ist es somit nicht gelungen, ihr vereinigtes Gewicht zu erhöhen und damit ihren Einfluss zu verstärken. Ohne direkt gewählte Abgeordnete bleiben die Parlamente schwach, die Abgeordneten von den Parteien abhängig. Positiv ist, dass der Justizsektor bislang seine Unabhängigkeit weitgehend bewahrt hat. Die Defizite der Oppositionsparteien sind unübersehbar. Im Wahlkampf fand nur selten eine programmatische Auseinandersetzung mit Tiefgang statt. Meist gingen die Aussagen über allgemeine Zielformulierungen wie Abbau von Arbeitslosigkeit, Schaffung von Arbeitsplätzen, bessere Bildung, Bekämpfung von HIV/AIDS usf. nicht hinaus. Die unzähligen Wahlversprechen blieben inhaltsleer.

Es scheint, dass die Zivilgesellschaft Südafrikas eine neue Herausforderung zu bestehen hat. Im Befreiungskampf hat sie bewiesen, dass mit einem klaren Ziel vor Augen Veränderung erreichbar ist. Zu viele CSOs sind seit der Transformation (opportunistisch) unter das Dach der „big church“ geschlüpft, auf der der ANC seine Einparteiendominanz gründet. Die Zivilgesellschaft muss dies erkennen und ihre kritische Distanz zur dominanten Macht zurückgewinnen. Sie kann dann Defizite der politischen Parteien ausgleichen und konstruktiv sowohl ihre Watchdog Funktion ausüben als auch eine Vordenkerrolle übernehmen. Südafrika braucht auf absehbare Zeit eine intellektuell gestaltende, praxisnahe und anwendungsorientiert arbeitende Zivilgesellschaft, die den so erfolgreich bewältigten und friedlichen Transformationsprozess demokratisch weiter entwickelt. Daneben bleibt der Parteibildungsprozess zentrale Aufgabe.

Quo Vadis Südafrika?

Aufbruchstimmung begleitete die Gründung der neuen Partei COPE, flachte dann aber schnell ab. Dennoch: Die Vorwahlphase war durch ein hohes Maß an Mobilisierung geprägt. Eine Rekordzahl von 23 Millionen Wählern schrieb sich in die Wahlregister ein, darunter drei Millionen Erstwähler. Am Ende blieb die Wahlbeteiligung mit 77% aber nur konstant. Nimmt man die gesamten Wahlberechtigten und nicht die eingeschriebenen Wähler als Basis, liegt sie nur bei knapp 60%. Für das junge Post-Apartheid-Südafrika eigentlich eine wenig zufriedenstellende Zahl. Unbefriedigend, gar besorgniserregend, auch das Ergebnis der bereits zitierten TNS-Research Umfrage vom Februar 2009, nach der jeder Zehnte Südafrikaner beabsichtigt, das Land zu verlassen. Dies sollte die politisch Verantwortlichen nachdenklich stimmen. Es ist an ihnen die Lebensbedingungen in dem afrikanischen Wohlstandsland so zu gestalten, dass die Menschen gerne dort leben und weitere, zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes, hinzukommen. Die Gründergeneration des neuen Südafrika tritt ab. Helen Suzman

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SÜDAFRIKA

DR. WERNER BÖHLER
JULIA WEBER

1. Mai 2009

www.kas.org.za

www.kas.de

verstarb kürzlich im Alter von 91 Jahren. Nelson Mandela ist gebrechlich, gilt aber weiter als moralisches Gewissen auch seiner Partei, dem ANC. Zwischenrufe von Desmond Tutu oder FW de Klerk, ebenso wie Mandela Friedensnobelpreisträger, verhallen meist ungehört. Mangosuthu Buthelezi streitet in hohem Alter für Grundrechtsgarantien, die Armen und Maßnahmen gegen HIV/Aids. Wer wird deren Erbe weiterentwickeln, Freiheit und Frieden, Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit für alle Südafrikaner (auch ohne Parteibuch) politisch umsetzen?